

Kapitel 1 Einleitung

Kapitel 2 Bestandsaufnahme der tatsächlichen Situation des öffentlichen Personennahverkehrs in Deutschland

A. Begriffsbestimmung

- I. Der ÖPNV als rechtlicher Begriff
- II. Die Funktionen des ÖPNV im Verkehrsmarkt
- III. Der ÖPNV-Markt in Zahlen

B. Organisation und Finanzierung

- I. Organisation des ÖPNV in Deutschland
 1. Die geteilte Behördenstruktur durch Genehmigungsbehörde und Aufgabenträger
 2. Die Verkehrsverbünde als Mittel zur Angebotsintegration
 3. Die Verkehrsunternehmen als unmittelbare Leistungserbringer
- II. Finanzierung des ÖPNV in Deutschland
 1. Finanzierung der Betriebskosten
 2. Finanzierung der Investitionskosten
 3. Kritik am bestehenden Finanzierungssystem

C. Wettbewerbserfahrungen

- I. Erfahrungen in Europa
 1. Die Deregulierung des Busbetriebs in Teilen Großbritanniens
 2. Stufenweise Einführung von Ausschreibungsverfahren für wichtige Marktsegmente in Schweden
 3. Die Ausschreibung von Gesamtsystemen in Frankreich
 4. Die Einführung von Wettbewerbselementen in weiteren Mitgliedsstaaten
- II. Erfahrungen mit Ausschreibungen und Wettbewerb in Deutschland
 1. Die Regionalisierung 1993 als Ausgangspunkt für eine zunehmende Wettbewerbsdiskussion
 2. Die hessische Vorreiterrolle bei Ausschreibungen
 3. Der Genehmigungswettbewerb bei konkurrierenden Anträgen

Kapitel 3 Rechtliche Rahmenbedingungen

A. Gemeinschaftsrechtlicher Rahmen

- I. Allgemeine Rechtsgrundsätze des europäischen Wirtschaftsrechts
 1. Wettbewerbsfreiheit
 2. Diskriminierungsverbot
 3. Gleichbehandlungsgrundsatz
 4. Transparenzgrundsatz
- II. Die Verkehrspolitik im Gemeinschaftsrecht
 1. Die Bedeutung der Verkehrspolitik für die Gemeinschaft
 2. Die Bedeutung der Verkehrspolitik im System der Vertragspolitiken
 3. Die verkehrspolitischen Ziele der Gemeinschaft
 4. Enthaltene Rechtssetzungskompetenzen
 - a) Die allgemeine Rechtssetzungskompetenz im Verkehrssektor der Gemeinschaft in Abgrenzung zur Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten
 - b) Exkurs: Das Subsidiaritätsprinzip
 - c) Die Kompetenz der Gemeinschaft für den ÖPNV-Sektor im Allgemeinen und die Verordnung

- III. Grundfreiheiten
 - 1. Das System der Grundfreiheiten
 - a) Das Binnenmarktkonzept der EG
 - b) Bindung des Gemeinschaftsgesetzgebers
 - c) Prüfungsdichte
 - 2. Dienstleistungsfreiheit
 - a) Anwendungsbereich und Gewährleistungsgehalt generell
 - b) Die Dienstleistungsfreiheit im Verkehrssektor nach Art. 51 Abs. 1 EG
 - c) Bedeutung der Dienstleistungsfreiheit für den straßengebundenen ÖPNV
 - 3. Niederlassungsfreiheit
 - a) Anwendungsbereich und Vorrang verkehrspolitischer Erwägungen?
 - b) Gewährleistungsgehalt
 - c) Rechtfertigung
 - d) Bedeutung der Niederlassungsfreiheit für den straßengebundenen ÖPNV
- IV. Europäische Grundrechte
 - 1. Das System der Europäischen Grundrechte
 - 2. Die unternehmerische Freiheit im System der Grundrechte
 - 3. Verhältnis der (Wirtschafts-)Grundrechte zu den Grundfreiheiten
 - 4. Auswirkungen auf die Direktvergabe
- V. Beihilfenrecht
 - 1. Begriff der Beihilfe
 - 2. Vereinbare und genehmigungsfähige Beihilfen
 - 3. Verfahren zur Kontrolle staatlicher Beihilfen
 - 4. Beihilfen im Verkehrssektor
 - a) Beihilfen für Unternehmen mit gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung und die *Altmark*-Rechtsprechung des *EuGH*
 - b) Beeinträchtigung des Handels auf dem Nahverkehrsmarkt?
 - c) Zusätzliche Rechtfertigungsmöglichkeiten nach Art. 73 EG
 - 5. Relevanz des Beihilfenrechts für Direktvergaben
- VI. Dienste von allgemeinem Interesse im Gefüge des europäischen Wettbewerbsrechts
 - 1. Die umfassende Bindung an das Gemeinschaftsrecht
 - 2. Rechtfertigung von Vertragsverstößen nach Art. 86 Abs. 2 EG
 - 3. Die Berücksichtigung des Stellenwertes von Diensten von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse im Rahmen der Auslegung
- VII. Europäisches Sekundärrecht
 - 1. Marktzugang im Straßenpersonenverkehr
 - 2. Wettbewerbsvorschriften mit Verkehrsbezug
 - 3. Vergaberecht

B. Verfassungsrechtliche Dimensionen der Vergabe von Verkehrsleistungen

- I. Nationales Verfassungsrecht als Maßstab zur Beurteilung europäischen Sekundärrechts
 - 1. Der generelle Prüfungsmaßstab bei europäischem Sekundärrecht
 - 2. Prüfungsmaßstab bei der VO 1370/2007 allgemein
 - 3. Prüfungsmaßstab bei den Direktvergabetatbeständen
- II. Grundprinzipien und Staatszielbestimmungen

1. Zuordnung des ÖPNV zur Daseinsvorsorge
2. Staatsziel Umweltschutz
- III. Die Bedeutung der Grundrechte im Rahmen der Beauftragung von Verkehrsleistungen
 1. Grundrechtsbindung
 2. Kein Schutz durch Art. 14 GG
 3. Die Berufsfreiheit der Verkehrsunternehmen als zu beachtende Verfassungsposition bei Direktvergaben
 - a) Der allgemeine Schutzbereich von Art. 12 Abs. 1 GG und das Berufsbild des im Linienverkehr tätigen Straßenpersonenverkehrsunternehmers
 - b) Die Dimensionen der Beeinträchtigung im Personenbeförderungsrecht
 - c) Exkurs: Das PBefG und weitere Determinanten des Marktzugangs
 - d) Das personenbeförderungsrechtliche Genehmigungserfordernis als rechtfertigungsfähiger Eingriff in die Berufsfreiheit
 - aa) Das Genehmigungserfordernis als Eingriff in die Berufsfreiheit
 - bb) Die generelle Rechtfertigung von Eingriffen in die Berufsfreiheit
 - cc) Die Rechtfertigung der allgemeinen Marktzutrittsregulierung
 - α) Nicht verfassungswidrige Zwecke
 - β) Eignung
 - γ) Erforderlichkeit
 - δ) Angemessenheit
 - dd) Zusammenfassung
 - e) Die Auswahlentscheidung zwischen mehreren Interessenten
 - aa) Die verfassungsrechtliche Verortung der öffentlichen Auftragsvergabe
 - bb) Übertragung der Grundrechtsdogmatik zum allgemeinen Vergaberecht auf die Vergabe von Verkehrsleistungen
 - cc) Die verfassungsrechtliche Rechtfertigung der Auswahlentscheidung zwischen mehreren Interessenten
 - f) Die Direktvergabe von Aufträgen

C. Einfachgesetzliche Regelungen

- I. Haushaltsrecht
- II. Preisrecht

Kapitel 4 Der Anwendungsbereich der VO 1370/2007

A. Allgemeines

- I. Die Geschichte der VO 1370/2007
- II. Der sachliche Anwendungsbereich
 1. Der öffentliche Dienstleistungsauftrag
 - a) Der öffentliche Dienstleistungsauftrag in der Konzeption der Gemeinschaft
 - b) Zuständige Behörde
 - c) Betreiber eines öffentlichen Dienstes
 - d) Handlungsform der beiderseitigen Übereinkunft
 - e) Die Gewährung ausschließlicher Rechte
 - aa) Die Gewährung ausschließlicher Rechte in der deutschen Praxis

- bb) Die Zulässigkeit der durch die VO 1370/2007 gewährten ausschließliche Rechte
 - f) Die Gewährung von Ausgleichsleistungen
 - g) Gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen
 - h) Die Verknüpfung von Verpflichtung und Vorteil
 - i) Abgrenzung zum vergaberechtlichen Auftragsbegriff
2. Gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen als Gegenstand allgemeiner Vorschriften
 3. Die Gewährung einer Beihilfe als Alternative zur Geltung der VO 1370/2007
- III. Erfasste Sektoren
- IV. Zeitlich
1. Übergangsregelungen
 - a) Die Überwachung der Fortschritte im Rahmen der allgemeinen Übergangsfrist
 - b) Die Ausschluss von Bieter bei unausgewogener Marktöffnung
 - aa) Darstellung der gesetzlichen Regelung
 - bb) Teleologische Beschränkung auf Unternehmen aus „langsamen“ Mitgliedsstaaten?
 - cc) Berücksichtigung von verbundenen Unternehmen bei Berechnung der Auftragsanteile?
 - dd) Fazit
 2. Bestandsschutz für Altverträge

B. Partiieller Vorrang des europäischen Vergaberechts

- I. Öffentlicher Auftraggeber
- II. Öffentlicher Auftrag
 1. Allgemeines
 2. Die Vertragsanpassung als ausschreibungspflichtiger Auftrag
- III. Überschreiten der Schwellenwerte
- IV. Kein Ausnahmetatbestand
 1. Subsidiäre Geltung der VO 1370/2007 bei Vorliegen von vergaberechtlichen Ausnahmen
 2. Aufträge an öffentliche Auftraggeber (§ 100 Abs. 2 lit. g GWB)
 3. Konzerninterne Dienstleistungsverträge (§ 100 Abs. 2 lit. o GWB)
 4. Die In-house-Vergabe nach dem europäischen Vergaberecht und der Sonderfall der interkommunalen Zusammenarbeit

C. Dienstleistungskonzession

- I. Die Dienstleistungskonzession als Instrument des modernen Gewährleistungsstaates und wichtigster Anwendungsfall der VO 1370/2007
- II. Der Begriff der Dienstleistungskonzession im Gemeinschaftsrecht
- III. Die Tatbestandselemente im Einzelnen
 1. Dienstleistung als Abgrenzung zur Baukonzession
 2. Staatliche Aufgabe und Daseinsvorsorge
 3. Die Übertragung eines Nutzungsrechts als Gegenleistung und das wirtschaftliche Risiko als konstituierende Merkmale
 - a) Wirtschaftliches Verwertungsrecht
 - b) Übertragung des wirtschaftlichen Risikos
 - c) Wirtschaftliche Risiko bei teilweiser Entgeltzahlung
 - d) Wirtschaftliche Risiko nur bei Zahlung durch den Benutzer?

4. Form der Übertragung auf einen Privaten
5. Zusammenfassung
- IV. Primärrechtliche Verfahrensvorgaben für Dienstleistungskonzessionen
 1. Transparenz
 - a) Bekanntgabe
 - b) Weitergehende Informationspflichten
 2. Gleichbehandlung
 3. Rechtsschutz
- V. Die Dienstleistungskonzession im Bereich der VO 1370/2007
 1. Standpunkt der Kommission
 2. Übertragung der allgemeinen Regeln zur Abgrenzung und Besonderheiten des ÖPNV
 - a) Übertragung staatlicher Verantwortung
 - b) Recht auf Verwertung
 - aa) Verwertungsrecht bei fehlender Behördenidentität?
 - bb) Möglichkeit der eigenverantwortlichen Nutzung
 - c) Wirtschaftliches Verlustrisiko
 - aa) Die Auswirkung von Zuschüssen auf das wirtschaftliche Risiko
 - bb) Regelungen zum Verlustausgleich
 - cc) „Faktischer Anschluss- und Benutzungszwang“
 - dd) Anreizverträge
 - ee) Weitere einzubeziehende risikorelevante Faktoren
 3. Fazit

D. In-house-Geschäfte und interkommunale Zusammenarbeit

- I. Einführung in die In-house-Problematik
- II. Die In-house-Vergabe nach der Rechtsprechung des *EuGH*
 1. Übersicht
 2. Die Kontrolle wie über eigene Dienststelle
 - a) Ausschluss bei privatem Anteilsbesitz durch das *Stadt Halle*-Urteil
 - b) Die Notwendigkeit umfassender Kontrolle im *Parking Brixen*-Urteil
 - c) Die zusätzliche Missbrauchsbeschränkung in der Rechtssache *Mödling*
 - d) Die Situationsbezogenheit der Kriterien in der Rechtssache *ANAV/Bari*
 - e) Die Zulässigkeit gemischt-öffentlicher Unternehmen im Fall *Carbotermo*
 - f) Die Kontrolle durch die gesamten Anteilseigner im Fall *Tragsa*
 3. Verrichtung der Tätigkeit im Wesentlichen für die Anteilseigner
 4. Zusammenfassung
- III. Der Sonderfall der interkommunalen Zusammenarbeit
- IV. Zusammenfassung

Kapitel 5 Die einzelnen Tatbestände der Direktvergaben in der VO 1370/2007

A. Die Direktvergabe an einen internen Betreiber

- I. Die Bedeutung von internen Betreiber für den Verkehrssektor
- II. Die historische Entwicklung des Direktvergabetatbestandes
- III. Vergleichbare In-house-Regelungen in anderen Rechtsgebieten

IV. Die Auslegung des Tatbestand von Art. 5 Abs. 2
VO 1370/2007

1. Vereinbarkeit mit höherrangigem Recht
 - a) Eingriff in die Niederlassungsfreiheit durch Direktvergabe
 - b) Die generelle Vereinbarkeit interner Vergaben mit dem Primärrecht
 - aa) Der Grundsatz der Neutralität der Eigentumsordnung in der EG
 - bb) Die freie Gestaltung der Dienste von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse durch die Mitgliedsstaaten
 - cc) Die Organisationshoheit der Mitgliedsstaaten als Kompetenzgrenze der Gemeinschaft
 - dd) Übertragung der Kompetenzgrenze auf funktionell vergleichbare Fälle
 - ee) In-house-Geschäfte als zulässige Ausgestaltung des Primärrechts
 - c) Die Vereinbarkeit teilinterner Vergaben mit dem Primärrecht
 - aa) Die Bedenken des *EuGH* hinsichtlich der In-house-Vergabe an gemischt-wirtschaftliche Unternehmen im Vergaberecht
 - bb) Unvereinbarkeit mit dem Wettbewerbsgrundsatz
 - cc) Unvereinbarkeit mit dem Gleichbehandlungsgrundsatz
 - dd) Anwendbarkeit dieser Grundprinzipien auf die VO 1370/2007
 - ee) Primärrechtskonforme Reduktion als Alternative zur Nichtigkeit?
 - α) Möglichkeit der primärrechtskonformen Rechtsfindung und ihre Grenzen
 - β) Auslegungsmöglichkeiten von Art. 5 Abs. 2 lit. a Satz 2
 - γ) Exkurs: „Kombinierte Vergabe“
 - δ) Die kombinierte Vergabe als Lösung für ÖPP-Modelle
 - ff) Zusammenfassung
 - d) Spielräume des nationalen Gesetzgebers
 - aa) Wirtschaftsverfassung des Grundgesetzes
 - bb) Subsidiaritätsprinzip als Grenze staatlicher Tätigkeit?
 - cc) Der Eingriff in die Berufsfreiheit durch die Direktvergabe an Interne
 - dd) Die Rechtfertigung der Direktvergabe an interne Betreiber
 - α) Nicht verfassungswidrige Zwecke
 - β) Eignung
 - γ) Erforderlichkeit
 - δ) Angemessenheit
 - ee) Zusammenfassung
2. **Kontrolle wie über eigene Dienststelle**
 - a) Seitens Behörde oder Behördengruppe
 - b) Ausreichende Kontrolle
 - c) Die Einbindung Privater
3. **Gebietsbezogene Tätigkeit**
 - a) Einschränkung des internen Betreibers
 - b) Ausnahmeregelung für abgehende Linien
 - c) Einschränkung anderer Unternehmen, auf die

- Einfluss ausgeübt wird
- d) Umgehungsmöglichkeit durch Schwester- und Mutterunternehmen?
- e) Verbot der Teilnahme an anderen Wettbewerbsverfahren
 - aa) Teilnahme an Verfahren nach VO 1370/2007
 - bb) Teilnahme an Verfahren nach GWB
 - α) Öffentlich subventionierte Unternehmen als Bieter im Vergabeverfahren
 - β) Die öffentliche Hand als Bieterin im Vergabeverfahren
 - γ) Die Beteiligung interner Betreiber an Vergabeverfahren
 - cc) Zeitliche Grenze bis zwei Jahre vor Ablauf

4. Verfahrensvorgaben

- a) Verfahrensvorgaben der VO 1370/2007
 - aa) Allgemeine Verfahrensvorgaben
 - bb) Besondere Vorgaben an die Unterauftragsvergabe
 - α) Die Bedeutung der Subunternehmerklausel
 - β) Die Vereinbarkeit des Subunternehmerklausel mit höherrangigem Recht
 - γ) Die qualitative Dimension des Subunternehmereinsatzes
 - δ) Die verfahrensrechtliche Dimension des Subunternehmereinsatzes
 - b) Ergänzende Vorgaben aus europäischem Primärrecht
 - c) Ergänzende Vorgaben aus sonstigem europäischem Sekundärrecht
 - d) Ergänzende Vorgaben aus der deutschen Verfassung

V. Zusammenfassung

B. Direktvergabe unterhalb der Schwellenwerte

- I. Überblick
- II. Die historische Entwicklung des Direktvergabetatbestandes
- III. Vergleichbare Schwellenwert-Regelungen in anderen Rechtsgebieten
 - 1. Der Schwellenwert im Vergaberecht
 - 2. Die de-minimis-Regelung im Beihilfenrecht
 - 3. Die KMU-Empfehlung der Kommission
 - 4. Zusammenfassung
- IV. Die Auslegung des Tatbestand von Art. 5 Abs. 4 VO 1370/2007
 - 1. Vereinbarkeit mit höherrangigem Recht
 - a) Die allgemeine Spürbarkeitsschwelle im Licht europäischen Primärrechts
 - aa) Die Bedeutung allgemeiner Spürbarkeitsschwellen im Recht der Europäischen Gemeinschaft
 - bb) Die Vereinbarkeit der allgemeinen Spürbarkeitsschwelle mit der Niederlassungsfreiheit
 - α) Verankerung von Schwellenwerten generell
 - β) Zulässigkeit der Schwellenwerte in der konkreten Höhe
 - b) Die Privilegierung kleiner und mittlerer Unternehmen

- aa) Die Rolle der KMU in der Europäischen Gemeinschaft für den Verkehrssektor
 - bb) Das KMU-Verständnis in der VO 1370/2007
 - cc) Die Vereinbarkeit der KMU-Regelung der VO 1370/2007 mit höherrangigem Recht
 - c) Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz
- 2. Berechnung der Wertgrenzen der VO 1370/2007
 - a) Berechnung der Auftragsvolumen
 - aa) Die generelle Berechnung des Auftragsvolumens
 - bb) Die Aufteilung des Gesamtbedarfs in Teilaufträge
 - cc) Die Annahme von geringwertigen Aufträgen unterschiedlicher Aufgabenträger
 - dd) Auswirkung von Preisanpassungsklauseln und Inflation
 - ee) Auswirkung von Leistungsanpassungsklauseln
 - ff) Die jährliche öffentliche Personenverkehrsleistung
 - b) Berechnung der betriebenen Fahrzeuge als Ausgangspunkt für die Bestimmung kleiner und mittlerer Unternehmen
 - aa) Fahrzeuge im Betrieb
 - bb) Differenzierung nach Fahrzeugklassen
 - cc) Berücksichtigung anderer Unternehmen in der Berechnung des Fahrzeugbestands
 - dd) Auswirkung bei nachträglichen Veränderungen des Fahrzeugbestands
- 3. Verfahrensvorgaben
 - a) Verfahrensvorgaben der VO 1370/2007
 - b) Ergänzende Vorgaben aus europäischem Primärrecht
 - c) Ergänzende Vorgaben aus der deutschen Verfassung
 - aa) Notwendigkeit ergänzender Vorgaben
 - bb) Verhandlungen und Anleihen am ersten Abschnitt der VOL/A

V. Zusammenfassung

C. Direktvergabe in Notfallsituationen

- I. Überblick
- II. Die historische Entwicklung des Direktvergabetatbestandes
- III. Vergleichbare Regelungen in anderen Rechtsgebieten
 - 1. Das vergaberechtliche Verhandlungsverfahren bei Dringlichkeit
 - a) Dringlichkeit
 - b) Keine Zurechnung der Dringlichkeit zum Auftraggeber
 - c) Fallgruppen
 - 2. Katastrophenbeihilfen im Beihilfenrecht
- IV. Die Auslegung des Tatbestand von Art. 5 Abs. 5 VO 1370/2007
 - 1. Vereinbarkeit mit höherrangigem Gemeinschaftsrecht
 - a) Verstoß gegen die Niederlassungsfreiheit nicht berücksichtigter Wettbewerber
 - aa) Eingriff in den Schutzbereich der Niederlassungsfreiheit
 - bb) Rechtfertigung aus Gründen der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit
 - cc) Rechtfertigung aus zwingenden Gründen des Allgemeininteresses

- b) Kein Spielraum des nationalen Gesetzgebers, die generelle Möglichkeit unter Berufung auf das Grundgesetz zu untersagen
 - 2. Vorliegen einer Notfallsituation als Tatbestandsvoraussetzung
 - a) Ergebnisorientierte Definition zur Bestimmung der Notfallsituation
 - b) Restriktive Auslegung bei Zurechnung oder Vorhersehbarkeit?
 - 3. Das Verfahren der Direktvergabe als Notmaßnahme
 - a) Verfahrensvorgaben der VO 1370/2007
 - aa) Befreiung von generellen Verfahrensvorgaben
 - bb) Art und Weise der Überbrückung
 - b) Ergänzende Vorgaben aus europäischem Primärrecht
 - aa) Zeitliche Einschränkung des Reaktionszeitraums
 - bb) Die Kettennotfallmaßnahme
 - cc) Weitere Anforderungen an das Verfahren?
 - c) Ergänzende Vorgaben aus der deutschen Verfassung
 - aa) Notwendigkeit ergänzender Vorgaben
 - bb) Verhandlungen mit zumindest drei Bietern
 - cc) Kriterien für die Auswahl des Betreibers
 - 4. Fallgruppen
 - a) Unterbrechung infolge Insolvenz des bisherigen Betreibers
 - b) Unterbrechung nach Auflösung des Vertrages
 - c) Unterbrechung infolge eines Kontrollverfahrens
 - aa) Keine Relevanz der aufhebenden Einrichtung für den Tatbestand
 - bb) Unterbrechung infolge der Aufhebung eines Vergabeverfahrens
 - cc) Verfahrensbesonderheiten bei verzögerter Zuschlagserteilung
 - d) Unterbrechung aufgrund zunächst fehlender zuschlagsfähiger Gebote
- V. Zusammenfassung

D. Nichtrealisierte Direktvergabetatbestände und die Direktvergabe bei Schienenverkehrsleistungen

- I. Direktvergabe bei innovativen und kostenneutralen Konzepten
- II. Direktvergabe zur Gewährleistung nationaler oder internationaler Sicherheitsstandards
- III. Direktvergabe aus Gründen der Kosteneffizienz
- IV. Die Direktvergabe von Schienenverkehrsleistungen

Kapitel 6 Verfahrensvorgaben für Direktvergaben

A. Vorgaben für Transparenz und Publizität

- I. Ankündigung der Direktvergabe
 - 1. Die allgemeine Vorankündigungspflicht
 - 2. Sanktion bei unterlassener Information?
- II. Berichtigungspflicht
- III. Informationspflicht von interessierten Konkurrenten
- IV. Jährliche Gesamtbericht

B. Anforderungen an den Auswahl- und Entscheidungsprozess

- I. Eignungs- und Auswahlkriterien
 - 1. Allgemein
 - 2. Auswahlkriterien bei Direktvergaben

- II. Nahverkehrsplan als Auswahl Gesichtspunkt
 - III. Möglichkeiten zur Verhandlung
 - IV. Der Ausschluss direkt beauftragter Unternehmen aus anderen Verfahren
- C. Rechtsschutz**
- I. Vorgaben der VO 1370/2007
 - 1. Antragsbefugnis und Verfahrensgegenstand
 - 2. Organisatorische Anforderungen
 - II. Rückgriff auf andere Rechtsquellen zur Konturierung des Rechtsschutzes
 - 1. Die Verfahrensvorgaben der Rechtsmittelrichtlinie 2007/66/EG und ihre Ausgestaltung im GWB
 - 2. Rechtsschutz bei Dienstleistungskonzessionen und dessen Übertragbarkeit auf die Verordnung 1370/2007
 - a) Kaum gemeinschaftsrechtliche Vorgaben des *EuGH*
 - b) Vorgeschlagene Wege zur Lückenfüllung bei Dienstleistungskonzessionen
 - c) Gemeinschaftsrechtliche Prägung des effektiven Rechtsschutzes
 - 3. Ausgestaltung des Rechtsschutzes gegen Direktvergabeentscheidungen nach der VO 1370/2007
 - a) Angreifbare Direktvergabeentscheidungen
 - aa) Direktvergabe an einen internen Betreiber
 - bb) Direktvergabe unterhalb der Schwellenwerte
 - cc) Direktvergabe in Notfallsituationen
 - b) Vorabinformationspflichten bei Direktvergaben
 - c) Präklusion
- D. Ergänzende Vorgaben in der VO 1370/2007**
- I. Subunternehmerklauseln
 - 1. Die allgemeine Klausel in Art. 4 Abs. 7 VO 1370/2007
 - 2. Erstreckung des Geltungsbereichs auf Direktvergaben?
 - 3. Zwischenergebnis
 - II. Vorgabe von sozialen Standards
 - 1. Auferlegung von Rechten bei Betreiberwechsel
 - 2. Pflicht zur Abgabe von Tariftreuerklärungen
 - III. Regelungen zur Höhe der Ausgleichszahlungen
 - 1. Grundsatz des Verbots von überkompensatorischen Zahlungen
 - 2. Berücksichtigung eines angemessenen Gewinns
 - 3. Keine vollständige Übernahme der *Altmark*-Kriterien
 - 4. Vermeidung von Quersubventionierung
 - 5. Jährliche Veröffentlichung der gewährten Ausgleichsleistungen
 - IV. Laufzeit
 - 1. Allgemeine Vertragsdauer und Verlängerungsmöglichkeiten
 - a) Reguläre Vertragsdauer und Verlängerung
 - b) Zeitpunkt der Vertragsverlängerung
 - 2. Laufzeiten bei Direktvergaben

Kapitel 7 Ausblick und Fazit